

**Bezugspresse:**  
Für Halle monatlich bei unregelmäßiger  
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich  
5.00 Mark, durch die Post 2.50 Mark  
ausw. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Rich-  
tungen aus angenommen. Im  
Jahre 1919, Zeitungsergebnisse unter  
Geld-Zahlung eingetragen. Für  
den Inhalt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-  
statet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1142  
u. 7411, der Bezugspresse Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Unerundfünftägiger Jahrgang.

**Abendpresse:**  
Die 3. Ausgabe 34mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Pf. und Resten die 22  
breite Millimeterzeile 50 Pf. Im  
Jahre nehmen an unsere Be-  
ziehungen u. f. n. i. d. e. Auslagen-  
geschäfte. Erfüllungsort: Halle.  
Erscheinung täglich 2 mal, Son-  
tags und Feiertags 1 mal.  
Geschäftsleitung an Haupt-  
geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 10, Dr. Draubauer 17.  
Telefon: Geschäftsstelle: 1142  
Abendpresse: 1141 u. 7411  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 83.

Halle, Donnerstag, den 19. Februar 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

## Millerand will zurücktreten.

Eine Folge der diplomatischen Niederlage des französischen Ministerpräsidenten in London? — Deschanel will ihn halten.

W. T. B. Paris, 18. Februar. Millerand hat dem Präsidenten die Demission des Kabinetts angeboten. Präsident Deschanel hat sie nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amte zu bleiben.

### Millerands Rücktrittsgesuch.

Der nächste Nachfolger des großen und nachsichtigen Clemenceau hat eine Niederlage erlitten, die ihn so schwer getroffen hat, daß er glaubte, darauf nur mit seinem Rücktrittsgesuch antworten zu können. Alexandre Millerand hat seinem Vorgänger bei diesem Sturz versprochen müssen, daß er die Politik Frankreichs im unerlöschlichen Geiste weiter leiten und daß er auch die Entente nach dieser Richtung hin leiten wolle. Diesem Versprechen ist der ehemalige Sozialistenführer nur zu treu geblieben.

Die obige Meldung über das Rücktrittsgesuch gibt seine Klarheit über die eigentlichen Gründe der Krise im französischen Kabinett. Es ist jedoch unklar, was zu erwarten, daß diese Gründe in der äußeren Politik Millerands zu suchen sind; denn in der inneren Politik hat die junge Regierung sich seit dem Rücktritt Clemenceaus schon verschiedentlich ein Vertrauensvotum ausstrecken lassen. Als die erste Nachricht von der diesbezüglichen „Frontveränderung“ durch Georges Bonnet wurde, da folgte scheinunglos auch die Nachricht, daß Millerand persönlich nach London fahren wolle, um zu retten, was noch zu retten war. Inzwischen aber zeigte sich das ohnmächtige Deutschland einig und geschlossen. Die Entente mußte erkennen, daß sie in der Frage der Auslieferung ihren Willen nicht würde durchsetzen können. Kritiker des Auslieferungsvorlesens fanden sich selbst in Frankreich, in viel stärkerer Maße aber in England, wo man allmählich wieder einen härteren Blick für eine feillich gefundene Realpolitik entwickelte. Mit seinem unermüdeten Nachprogramm erlitt Millerand an der Thematik eine Niederlage. Der Bericht über die Auslieferung des Simeonowitsch mit der Aburteilung in Leipzig war ganz sicher nicht nach dem Sinne des französischen Ministerpräsidenten. Verrätlich trat das in die Erscheinung dadurch, daß die letzte Note der Entente nicht von Millerand, sondern von Lloyd George unterzeichnet war. Raum war Millerand von London nach Paris zurückgekehrt, da bot er dem Nachfolger Poincaré, dem Präsidenten Deschanel, seine Entlassung an, die dieser nicht annahm. Ob es dabei bleiben wird? Oder ob nicht die Stellung Millerands nunmehr auch in der französischen Kammer so erschüttert ist, daß von einem Fortbestehen dieses Kabinetts trotz des ihm erhaltenen Vertrauens des Präsidenten Deschanel auf längere Zeit nicht mehr die Rede sein kann? Vielleicht bringen schon die nächsten Tage Klarheit hierüber.

Beachtung verdient auch die weitere Meldung, daß auch der Präsident der französischen Wiedergutmachungskommission, Charles Jonnart, um seinen Rücktritt gebeten hat. Jonnart, der als ein energiegeladener, zielbewusster Politiker gilt, wurde der weiteren Welt bekannt durch seine Rolle als Helfer Griechenlands. Ihm war, wie nach-erleuchtet sein wird, Ende 1916 die Aufgabe zugefallen, das zriehliche Volk durch eine Hungernotlage zu entlasten, zu entlasten und dann im Juni 1917 den König Konstantin zu vertreiben. Dieser Aufgabe entging er sich mit rücksichtsloser Energie. Das Amt eines Präsidenten der Wiedergutmachungskommission hat er jetzt gleichfalls nur einige Wochen inne gehabt. Daß man aber auch bei dieser Personeneränderung nicht an einen Kurswechsel denkt, geht schon aus dem Namen der ehemaligen Nachfolger hervor: Poincaré und Tardieu. Der Erstere würde auch in diesem Amt keine andere Politik als die der Rache treiben. Und Tardieu, der ehemalige Auslandsdirektor des „Temps“, in dem er unter dem Scheinbegriff Georges Riffers schrieb, und der während des Krieges mit Sonderaufträgen der französischen Regierung nach Washington entsandt wurde, würde sicherlich in der alten Geleise palastlicher Rücksicht sein Amt versehen. So sind die Pariser Rumpfkabinette für uns in Deutschland interessant und erfordern größte Beachtung. Hoffnungen auf einen halbjährigen Wechsel in der französischen Politik wird man daran jedoch nicht knüpfen dürfen.

C. H.

### Krise in der französischen Wiedergutmachungskommission.

W. T. B. Paris, 18. Febr. Der Präsident der Wiedergutmachungskommission, Senator Jonnart, hat gestern seine Demission gegeben. Millerand hat nach den Vorgesetzten André Tardieu die Nachfolge angeboten, der aber abgelehnt

hat. Einige Blätter nennen Dutasta, andere Poincaré als Jonnarts Nachfolger.

**Neue Beschläufe der Pariser Botschafter-Konferenz.**  
Paris, 18. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Botschafter-Konferenz hielt gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Millerand eine Sitzung ab. Es wurde eine Unterabteilung an Deutschland beschlossen wegen der Beschwerden über die Verordnungen, die von den alliierten militärischen Behörden im Rheinlande erlassen waren. Der Text der Unterabteilung ist noch nicht bekannt. Außerdem beschloß die Konferenz, der österreichischen Regierung zu gestatten, in die Kommission, die sich mit den Vorschlägen in Bezug auf den belgischen Staat zu befassen wird, Abgeordnete zu entsenden.

### Wilson's Drohung gegen die Entente.

W. T. B. Washington, 18. Februar. (Drahtnachricht.) (New York.) (Smith.) Wilsons Memorandum hat den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglichst rasch die Zurückziehung des Reichs bestritten werden und dem Senat erwidern müßten, wenn die Alliierten fernhin bei der Befolgung ihrer Pläne ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

### Wilson's Presse-Opposition.

W. T. B. Amsterdam, 18. Febr. Einer Londoner Meldung des „Telegraph“ zufolge sind die amerikanischen Pressestimmen über Wilsons Idee der Abstriche 10 u. n. g. u. n. g. wie die über die Entlassung von „New York Sun“ fragt, ob Lloyd George, Millerand und Pitt sich mit der Diktatur Wilsons abfinden würden. „New York Globe“ fragt, ob die Alliierten denn die abstrahlende Rüste der Anarchie preisgeben wollen, solange bis die Berge in Wilson für fähig erachtet, die Angelegenheit persönlich zu behandeln.

### Was die Entente verbieten will.

W. T. B. Paris, 18. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Information“ meldet aus London: Die Konferenz in London nahm einstimmig den von Frankreich und England eingereichten Entwurf an, der ein Verbot der Rückkehr des früheren deutschen Kaisers und des Kronprinzen nach Deutschland für alle Zeiten anspricht.

### Englands Herrensachen.

W. T. B. London, 18. Febr. (Drahtnachricht.) (New York.) Der Veranschlagte des Reichs für das Jahr 1920 betrug 125 Millionen Pfund Sterling. Davon sind 55 Millionen für laufende Ausgaben (für den selben Monatshöhepunkt wie 1914 bis 1918), 20 Millionen für Wiedergutmachungsausgaben und 40 Millionen für die Zinsen der in den letzten 6 Jahren entfallenen. Der vorläufige höchste Zinsfuß betrug 12 3/4 Prozent, die im Laufe des Jahres auf 12 Prozent herabgesetzt werden.

### Die deutsche Schiffversteigerung in New York.

W. T. B. New York, 18. Febr. Bei der Wiederaufnahme der Versteigerung der deutschen Handelschiffe erhielt das Schiffsbüroamt nur ein Angebot für ein einziges Schiff. Der Verkauf wurde darauf geschlossen. Schiffe, wie „L'Albatros“, „Salerland“, „Aramemnon“ und „George Washington“ erhielten kein einziges Gebot.

### Die türkische Frage.

W. T. B. London, 18. Febr. Lord Curzon, Sir Maurice Hanley, Bertrich, Cambon und Pitt wohnten der letzten Sitzung des Oberen Rates bei. Bertrich war nicht zugegen. Von den drei Kommissaren für die türkische Frage soll die erste die Grenzen der neuen Republik Armenien, die zweite die ottomanische Schuld und die dritte die Finanzlage der Türkei untersuchen und die dritte die Ansprüche Griechenlands auf Smyrna prüfen. Behauptet wurden ferner die Abgrenzung des Hinterlandes von Konstantinopel und die Rechte der Türkei auf Adrianopel. Die Antwort auf die Note Wilsons wurde erst am Dienstag nachmittag abgegeben.

### Der Polizeidienst in Oberschlesien.

W. T. B. Berlin, 18. Febr. Von zukünftiger Seite wird mitgeteilt: Die in Oberschlesien verbleibende Sicherheitspolizei wird gelegentlich an ausländischen Stellen, die Interesse daran haben, dem Deutschen Reichs-Zwangsverhandlungen gegen die Bedingungen des Friedensvertrages zu unterstellen, als militärische Truppe bezeichnet. Da

deutsches Militär nach den Friedensbedingungen in den zu räumenden Gebieten nicht zurückbleiben darf, liegt der Sinn dieser Behauptung auf der Hand. Obwohl für jeden Kenner der Verhältnisse es keines Beweises mehr bedarf, daß die in Oberschlesien stationierte Sicherheitspolizei genau so wie die im unbesetzten Gebiet arbeitende nicht das Mindeste mit einer militärischen Organisation zu tun hat, sei nochmals ausdrücklich festgestellt, daß sie eine reine Polizeitruppe ist, die ausschließlich und einzig polizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat. Wenn an verschiedenen Stellen in Oberschlesien Truppen in Uniformen der Struktur der Sicherheitspolizei oder in übergroßer Unregelmäßigkeit ihre Angehörigen entworfen haben, so muß aus einem geordneten Polizeidienst unmöglich machen und ist vom Standpunkt einer ruhigen, antändlichen Bevölkerung als unangenehmste Fehler zu betrachten, um so mehr, als die Ententetruppen die Grenze nach Polen offen lassen, so daß verdrängte Elemente und Schmuggler andauernd in Massen herüberkommen.

### Reichsverorgungsanstalt für Einwohnerwehren.

W. T. B. Berlin, 17. Febr. Die Reichsgesetzliche für Einwohnerwehren teilt mit: Das Reichsministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium die Beschaffung von 100 Millionen Reichsmark für die Reichsverorgungsanstalt für Einwohnerwehren erteilt. Die Anstalt besitzt durch staatliche Zuteilung Rechtsfähigkeit. Mit Rücksicht darauf, daß die Einwohnerwehren unter Aufsicht jedes Parteigebandes im Interesse des Reiches, der Staaten und Gemeinden für Ruhe und Ordnung eintreten, hat das Reich die für die Errichtung und Sicherheit der Anstalt erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, während die Gemeinden mäßige Beiträge (1 Mill. für die Unfall-, 50 Millionen für die Haft-, Lichtverfürsorge für Mitglieder und Jahr) aufzubringen haben. Die Leistungen der Anstalt sind sehr erheblich, so z. B. in der Unfallfürsorge: Im Todesfall 10.000 Mark, bei der Hinterbliebenen, im Invaliditätsfall eine Jahresrente von 6000 Mark, an den Verletzten und 300 Mark an jedes Kind, bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit ein Tageslohn von 10 Mark, an den Verletzten und 2 Mark an jedes Kind. Alles Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung in Nr. 5 der „Einwohnerwehr“ und aus den demnächst erscheinenden Merkblättern zu erfahren. Weitere Auskünfte erteilt kostenlos die Reichsverorgungsanstalt für Einwohnerwehren, Berlin SW. 68, Schützenstraße 33.

### Die Entente-Herrschaft in Ostpreußen.

W. T. B. Wien, 18. Febr. Die internationale Verwaltungskommission gibt bekannt, daß der Kreis Olsztyn am Regierungsbezirk Gumbinnen abgetrennt und dem Regierungsbezirk Allenstein zugeteilt werde. Eine weitere Veränderung stellt die volle Gleichberechtigung der deutschen und der polnischen Nation und Sprache im Wahlmännchen fest und hebt alle diesbezüglichen, etwa aus Notzeiten einer der beiden Nationen getroffenen Bestimmungen auf. Durch eine dritte Verordnung wird am 25. Februar der Wahlkreis für die Ein- und Ausreise aus dem Wahlmännchengebiet einseitig.

### Die Entlassungen in den Eisenbahnwerkstätten.

W. T. B. Berlin, 18. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Entgegen tendenziösen Presseberichten legt das Eisenbahnamt hiermit dar, daß die Entlassungen in den Eisenbahnwerkstätten aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgt ist. Die betreffenden Betriebskrankten an einer Arbeiterzahl, und sowohl bei den Betriebsstätten als auch bei den Arbeitern selbst wurde dies als der Hauptgrund für die mancherorts Wirtschaftlichkeit der Werkstätten angesehen. Es darf bemerkt werden, daß keinesfalls nur Arbeiter entlassen wurden, die nicht arbeiten konnten oder konnten, sondern daß in Folge dieser Überbesetzung auch durchaus brauchbare Kräfte von diesem Schicksal betroffen wurden. Ihnen wegen ihrer Entlassung bei den staatlichen Werkstätten die Einweisung in Privatbetriebe zu verweigern, liegt also keinerlei Grund vor. Es kann heute schon gesagt werden, daß die Wirkung der Resolution glänzend ist, wenn auch zunächst noch keine Zahlen angegeben werden können. Vor allem ist die Arbeitslosigkeit, wie von amtlicher Stelle behauptet wird, nicht gesunken.

### Die Beratungen der Reichsregierung.

W. T. B. Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die die „Nationalzeitung“ führt, beschließt die Reichsregierung auf die Entente eine Gegenantwort zu

erstellen. Die deutsche Regierung hält eine Antwort für notwendig, da zur Durchführung des Verfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig noch ein großer francosen Komplex in der Auslieferungsanfragestellung zwischen Deutschland und der Entente der Klärung bedarf. So muß j. B. Klarheit darüber geschaffen werden, wie sich die Entente zu denjenigen von der ihr angeklagten Deutschen stellt, die sich angeblich noch in ihrer Hand befinden. Denn zur Durchführung des Verfahrens gegen diese Personen vor dem Reichsgericht müssen sie von der Entente zuvor an Deutschland ausgeliefert werden. In solch'n Fällen gehören auch die deutschen Bombenflieger, von denen noch eine größere Anzahl im Francosen Frankreich gefangen gehalten wird. Auch muß die Reichsregierung die Entente um Präzisierung ihrer Forderungen gegen viele auf der Spitze befindliche Francosen ersuchen. Man hält in maßgeblichen Kreisen die allgemeinen Auflagen, wie sie z. B. gegen Hindenburg, Ludendorff und Erzberg gestellt werden, in ihrer jetzigen Form für nicht angehend. Die Präzisierung der Auflagen wird zu den Aufgaben der von der Entente eingesetzten internationalen Kommission gehören. Daraus wird die Durchführung des Gerichtsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig an Grund der deutschen Reichsregierung erfolgen, d. h. die Angeklagten werden eine schriftliche Vorladung am Gerichtsamt in Potsdam erhalten. Falls sie dieser schriftlichen Aufforderung nicht nachkommen sollten, soll die Verhaftung der Angeklagten und ihre zwangsweise Verhaftung erfolgen. Das Gerichtsverfahren muß auf die Aufhebung der bestehenden Amnestiegesetze, soweit sie die deutschen Personen betreffen, mit der Anklageeinreichung verbunden werden. Die Reichsregierung hält ferner eine Robinsonsitzung ab, die bereits den ganzen Vormittag über andauert.

### Die Deutschen in Holland.

18. Haag, 18. Febr. (Drahtschicht.) Wie aus Brüssel am Samstag abends um 10 Uhr, hat der Staatssekretär des Innern mitteilt, daß 22.410 deutsche Gefangene, darunter 18.786 Deutsche, sich gegenwärtig in Holland befinden, und daß keine Auslieferung auf Grund des Auslieferungsabkommens vom Jahre 1913 vorgesehen ist.

### Die Krise im Zeitungsgewerbe.

18. Dresden, 18. Febr. Die heftigste Krise im deutschen Zeitungsgewerbe hatte heute die tächtliche Zeitungsdirektion an einer außerordentlichen Versammlung in Dresden zusammengeführt. Nach eingehender Aussprache, in der die katastrophale Lage vieler Zeitungen festgestellt wurde, wurde eine Entschädigung ansgesprochen, in der festgelegt wurde, daß die täglich herausgegebenen Vertriebskosten aller Zeitungen seit Monatsende eine Höhe erreicht haben, die sich nur durch eine erhebliche Erhöhung der Verkaufs- und Anzeigenpreise einigermaßen ausgleichen lassen. Nach dem Stande der Dinge ergäbe daher die fernerige Erhöhung der Bezugsgebühren um mindestens 20 Prozent und der Anzeigengebühren um mindestens 25 Prozent unannehmlich. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Verhältnisse mit dem Reichsgericht zu klären, die sich gegen eine Verordnung des Reichsgerichtes zum Anzeigenverbot, durch die die Veröffentlichung von Stellenangeboten und Stellenanzeigen in der Tages- und Fachpresse so gut wie völlig unterbunden wird.

### Die Reichsschu'-Konferenz.

18. Berlin, 17. Febr. Mit den Vorbereitungen für die Reichsschu'-Konferenz ist lehrzeitig die Wehrverwaltung in engerer Verbindung betraut worden, der aus Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums besteht. Die Konferenz hat vor allem Dingen die für die Wehrverwaltung zu ermittelnde Reichsschu'-Konferenz zu bestimmen und zu diesem Zweck eine Auslese aus den jährlich eingehenden Meldungen zu treffen. Da auch noch Ablauf der bis 31. Dezember 1919 ausgedehnten Anmeldefrist noch begründete Bemerkungen eingingen, konnten die abschließenden Beratungen erst in diesen Tagen stattfinden. Den Wehrreinen und den Rührschulen, denen Eingabe der Reichsschu'-Konferenz einermittelt wurden, wird demnach die Mitteilung über die Zeit der Anmeldefrist gegeben. Es ist zu erwarten, daß die Wehrverwaltung die Reichsschu'-Konferenz zu bestimmen. Außerdem wird das Reich von sich aus noch eine Anzahl von Einzelpersonen zur Reichsschu'-Konferenz einberufen. Insofern wird sich die Teilnehmerzahl auf ungefähr 450 belaufen.

Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch, den 7. April und dauern bis zum Samstag, 17. April. Für diese Zeit hat der Präsident der Nationalversammlung in demselben Wehr Reich die Räume des Reichstages zur Verfügung gestellt.

Und in drei vier Tagen finden die Verhandlungen statt, in denen die ersten unmittelbaren Verhandlungen der Interessierten zur Erörterung gelangen (Eintrittsliste, Arbeitsliste, Verordnungsgegenstände). Die folgenden Tage werden für Ausschlußberatungen zur Verfügung gestellt, und zwar sowohl zur weiteren Vorbereitung der Verhandlungen als auch zur Vertretung der Interessen der Wehrverwaltung. Die letzten drei Tage sind wieder für Ausschlußberatungen bestimmt, in denen die Berichte aus den Ausschüssen entgegenkommen werden sollen. Zur Erörterung der zahlreichen sonstigen Aufgaben und der weiteren Verhandlungen, die mit einer beratenden Tagung verbunden sind, ist dem Reichsministerium des Innern die Gründung eines Ortsausschusses in die Wege geleitet worden, in dem die wichtigsten und größten der in Betracht kommenden Organisationen vertreten sind.

### Preussische Landesversammlung.

18. Berlin, 18. Febr. 115. Sitzung, 3 Uhr. Der Sekretär über:

1. Gesetzliche Vorrechte in einem bestimmten Ortsteil steht zur ersten Beratung. Nach § 1 darf die zwischen der Heimgemeinde und dem eingetragenen Ortsteil am 1. April 1914 oder am Tage der Eingetragung vorhandenen neuerliche Spannungen nicht übergriffen werden. Vertragliche Bestimmungen, die dem eingetragenen Ortsteil mitwirkende Rechte einräumen, werden aufgehoben.

Das Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober haben. Ein Zentrumsantrag will rückwirkende Kraft vom 1. April 1918 an geben und die Anwendung des Gesetzes in das Ermessen der Gemeinde stellen.

Ein Regierungsvertreter erklärt sich gegen den Antrag. Die Vorlage geht nach kurzer Aussprache an den Gemeindevorstand über.

Es folgt die Beratung eines Antrages aller bürgerlichen Parteien, der die Wahlen für die Elternbeiräte vorläufig auszusetzen und die Erlasse über diese dem verstärkten Unterrichtsausschuß zur Prüfung übermitteln will.

Ein Regierungsvertreter bittet, dem Minister Freiheit zu lassen, den Erlaß durchzuführen. Es kommt darauf an, den Zusammenhang zwischen Elternrat und Schule zu festigen. Es fand sich um einen ersten Versuch. So weit es notwendig ist, werde der Minister den Erlaß ändern, sobald Erfahrungen vorliegen.

Abg. Bena (Dn.): Wir sind im allgemeinen keine Freunde des Kollisionsrechts, das bisher meist im Zeichen der Parteilichkeit in Gebrauch war. Der Einwirkung von Elternbeiräten kann man sich durchaus unwillig gegenüber. Wir setzen darin aber nur eine Maßnahme, damit unter Idealität die große Schulgemeinde. Wir wollen auch nicht, daß die Elternbeiräte etwa im Sinne der Unabhängigen Gewerkschaften an den Schulen ausüben. Der Minister sollte daher die Durchführung des Erlasses bis zur endgültigen Regelung der ganzen Schulfrage hinausschieben.

Ministerialdirektor Zahare: Es handelt sich nicht um parteipolitische Dinge, sondern um Schragen. Zur mit diesen allen die Elternbeiräte befaßt werden. Die Wahlen können ja schon jetzt überall hinausgeschoben werden, was es wünschenswert ist. Abg. Böhm (D. Vrt.): Es ist sehr wertvoll, daß künftig viele Fragen, die bisher nur im Lehrerkollegium beraten wurden, in Gemeinschaft mit den Eltern besprochen werden. Aber es wäre notwendig, die Einzelheiten vor Herausgabe des Erlasses im Vorhinein zu regeln. Wir befürchten sonst eine Verwirrung dieser Art.

Abg. Otto (Dm.): Ich begrüße die Erklärung des Regierungsvertreters und kann mit Rücksicht hierauf namens meiner Partei auf den Antrag verzichten. Die Beratungen sind abgebrochen. Donnerstag 12 Uhr: Eisenbahngüterzufolge. Schluß 4 1/2 Uhr.

### Rumänische Auslieferungsliste.

1. Bauerle, Leutnant, Truppenarzt in Iasi. Graue Bekleidung des Unteroffiziers Michalisco, der daran starb.
2. Bendoric, Leutnant, Abt. Gensangh, Straßund. Schlichte Gefangenbehandlung. Auftrag des Generals Mutares.
3. Boinig, Hauptmann, Abt. Gensangh, Celle-Schlö. Behandlung der Gefangenen, die auf Austretung hinlief. Auslagen anwesender Offiziere.
4. Busse, Major, Abt. Gensangh, Straßund (ebenso).
5. Paris, Abt. Gensangh, Straßund (Hannover). Mißhandlung Gefangener; Einsetzen von Offizieren, die sich behaupteten.
6. Dobrich, Spz., Chef der postlichen Polizei in Craiova. Graue Bekleidung, die Bevölkerung, Mißhandlung des Reichsamtlichen Popilian.
7. Eberk, Lt., bei den Befehlstruppen Bezirk Ott. Körpertrafen für Greise und Frauen der Gemeinde Campu-Mare, die den Tod verurteilt wurden.
8. Gensler, Lt., bei der 62. in Turun-Goverin; ehemaliger Professor der erangelischen Schule in Buzarek. Teilnahme an der Unterdrückung eines angeblichen Komplotts von zehn Einwohnern der Bezirke Medehirki und Cori. Mißhandlung der Angehörigen unter der Anwesenheit, Anwendung unwürdiger Mittel während der Unterdrückung.
9. Gersch (S.), Professor an der Universität Bonn. Mit Einverständnis des Barons Weyer von der deutschen Militärverwaltung in Warschau von 350 rumänischen Bänden von der Bibliothek der rumänischen Akademie, von sieben Manuskripten und Gemäldenbildern, die dem Nationalmuseum in Buzarek anwesenden, und Ueberlieferung derselben an bulgarische Offiziere.
10. Grotas, Leutnant der Befehlstruppen des Bezirks Mucel. Richter beim Stappengericht, das Unschuldige zum Tode verurteilt habe.
11. Hoff, Richter der 26. militärmedizinischen Landwehr-Div. Durch sein Verhalten von 35 rumänische Gefangene vor Hunger und Kälte und infolge schlechter Behandlung gestorben sein. Sie wurden betrunken auf dem Hof des Eisenwerks in Wirtzhausen. Anzeige des Bürgermeisters von Eisheim und Wirtzhausen.
12. Hoin, Infanterist 777, Etappe in Tzanderei. Tot zur Handverheit. Soll am 22. 7. 19 einen gewissen Vater Tonik Sca in Tri Danada erschossen haben.
13. Hurton, Hauptmann 273, Bezirk Romanak. Beistand am Urteil eines Kriegsgerichts, wodurch fünf junge Leute der Gemeinde Tabuleni zum Tode verurteilt wurden (Januar 1917).
14. Jochen, Leutnant, Etappe 267 in Compuluna. Richter beim Stappengericht, das Unschuldige zum Tode verurteilt habe.
15. Jübel, Leutnant, Abt. 6. Bezirk von Kalamita. Beistand an dem Einwohnern Dimitri in Buzarek-Speniti, bei dessen in gebornen, weil er sich nicht zu Zwangsarbeiten stellte. Der Genannte sei verurteilt worden und gestorben.
16. K. General, Spz., bei der Artung Buzarek. Behinderung zahlreicher Artillerie der Militärgerichte, die Todesstrafe oder außerordentlich hohe Strafen für angebliche Verbrechen lieferten. Beim Aufbruch November 1918 Waffengebrauch gegen die Bevölkerung, Verwüsten, erhöhte Akquisitionen, Unterdrückungen und Gemattigtigkeit. Beweis, seine eignen Befehle.
17. Kanner (aber Kanner) (Dr.), Arzt bei der Etappe 300 in Compulna. Soll die ganze Bibliothek des Schloßes haben erschossen haben.
18. Küpper, Oberst, Abt. der Etappe in Targu-Tismana. Graue Bekleidung, die die Internierten des Klosters Tismana.
19. Arlenberg (non), Rittmeister, Abt. der Etappe 22 in Turun-Goverin. Befehl zur sofortigen Befehlsnahme, Befreiung und Ausplünderung der rumänischen Bevölkerung. Sein Verbrechen zum Tode verurteilt (siehe Nr. 8).
20. Rimburg, Major, Abt. Gensangh, Straßund. Schlechte Behandlung und Mißhandlung gefangener rumänischer Offiziere.
21. Madalen (non), Generalstabsarzt, Oberst-

kommand, der deutschen Truppen in Rumänien. Kommandement offener Städte durch Klingzeuge und Zepeline. Verantwortung für die unrichtigen Requisitionen und die planmäßige Ausplünderung beim Anbruch derselben; Verhängung ungeheurer Geldstrafen über Städte und Departements. Verhaftung und Verschickung zahlreicher rumänischer Unteroffiziere nach Deutschland und Bulgarien. Verletzung des internationalen Rechts, indem er ohne Notwendigkeit die Verhaftung und der rumänischen Geleite umänderte, indem er die Rechtshilfe rumänischer Gerichte aufhob und sie durch deutsche Justizstelle erstellte. Waffenspann ungewisser Todesurteile. Während des Krieges 1918 befaßt oder bildete er Morbiden, Gemattigtigkeiten, Diebstahl, Plünderung, die planmäßige Verletzung der Befehlswegeweise, die Verwüsten öffentlicher Gebäude. — Taten, für welche er persönlich von General Wirtzfeld, dem Kommandanten der Donauarmee, verantwortlich gemacht wurde.

Beweis: Sammlung der Befehle der Militärernstungen in Rumänien und zahlreiche Urkunden die alle Verbrechen und Ausschreitungen während der Besetzung und des Krieges zeugen.

22. Main, Leutnant der Befehlstruppen, Etappe 267 in Compuluna. Richter beim Stappengericht, das die Todesstrafe gegen Unschuldige verurteilt habe.

23. Meßer, Leutnant, Etappe 267 in Compuluna (ebenso).

24. Mogen (non), Abt. General A. Armee in Foceni. Behinderung und Verletzung zahlreicher Artillerie der unterstellten Kriegsgerichte, die die Todesstrafe oder Zwangsarbeit für angebliche Verbrechen des Verrats lieferten. In den besetzten und den der 9. Armee unterstellten Departements eine brutale Herrschaft des Schreckens, der Hungersnot und der Plünderung. Beweis: Verhaftungen der 9. Armee, Bericht des Bürgermeisters von Foceni u. a.

25. König, Leutnant, Gensangh, Bredeln. Schlechte Behandlung der Gefangenen.

26. Finsler, Major, Kommandant beim Kriegsgericht der 89. Div. in Foceni. Physisch und moralische Mißhandlungen an dem Kommandanten Barbo Barabano.

27. Pöpper, Oberleutnant, Abt. der Etappe 273 in Romanak. Vorsitzender des Kriegsgerichts, das fünf junge Leute in Dolnui zum Tode verurteilt (siehe Nr. 13).

28. Peislich, Hauptmann, Etappe 267, Compuluna. Richter beim Stappengericht, das Unschuldige zum Tode verurteilt habe.

29. Richter, Unteroffizier, 28. U. A., Abt. Interniertenlager Richter Tismana. Graue Bekleidung Internierter.

30. Siska, Soldat 1/25. Inf.-Regt. Könisberg. Soll einen rumänischen Stenografen in Colentina-Fundeni erschossen haben (11. Febr.).

31. Stastmann, Leutnant, Etappe 267 (wie Nr. 28).

32. Schmidt, Hauptmann, 1916/17 in Turun-Goverin. Wiederholte Befehle, die rumänische Bevölkerung schädlich zu behandeln, in auszuwählen und zu terrorisieren.

33. Schwabe, Abt. der deutschen Garnison in Craiova. Schlechte Behandlung der Bevölkerung, unverschämtes Verhalten gegenüber dem Kommandant Michalisco, der daran in Gefangnis in der Nationalstadt gestorben sei.

34. Sturm, Leutnant, Etappe 267 (wie Nr. 28).

35. Schill, von Tigere und Weidenhof, General bei Inf. Militärernstungen des besetzten Gebiets. Requisitionen und planmäßige Ausplünderung des besetzten Gebiets von Rumänien. Unrechtmäßige Kriegskontributionen für Städte und Departements.

36. Wierstall, Unteroffizier, Gensangh, Carbovit. Mißhandlung der Gefangenen.

37. Welfer, Hauptmann und Verbindungsoffizier der Etappe Compuluna. Soll der Finanzverwaltung in Mucel 142 192 Reichsmark entziehen haben.

38. Weller (Garon), Zivilverwaltung Rumänien (ebenso wie Nr. 9).

39. Wigotz, Soldat, 4. Komp. 10/26. Inf.-Regt. Soll März 1918 eine Frau Georeasa erschossen haben.

40. Wille, Unteroffizier, 20/26. Regt. (rot. U. A.). Soll einen Friseur Monca aus Colentina-Fundeni erschossen haben. (11. Februar).

41. Zimmermann, Unteroffizier, 2. Komp. Bat. 20/23. Infanterie. Soll in Boinul-din-Bale einen Rumänen erschossen haben.

### Serbo-Kroatische-Slovenische Auslieferungsliste.

1. Von Gallois, General, Befehlshaber der am 19. Okt. in Kragujevac (Serbien) einberufenen Truppen. Soll sich gegen Gefangen und für eigene Rechnung bezahlt haben, indem er sich für Tapferkeit und andere in den Häusern der Stadt, vor allem im Hotel Tisana, fortgenommenem Gegenstände nach Deutschland schicken ließ.
2. Jauer, Major, Plakommandant von Tchouprina (Serbien). Soll für die Plünderung der Stadt im September und Oktober 1918 verantwortlich sein und ihr eine unredliche Geldbuße von 20 000 Kronen auferlegt haben. Ferner habe er die Festnahme von Geiseln und die Verbringung des Mobilars der Bürger dieser Stadt veranlaßt.
3. Madalen, General, Befehlshaber der deutschen Expeditionarmee gegen Serbien. In Belgrad soll er keinen Soldaten küssen erlaubt und anhöflich haben, während zwei Wochen zu plündern. Ebenso habe er mehrmals das Plündern in allen von seiner Armee besetzten serbischen Gebieten gestattet und angeordnet. Dieses sei festzulegen zu beweisen, denn die Truppen hätten nicht nach Belgrad, sondern in die Städte gehen sollen. Außerdem sei er verantwortlich für die von den deutschen Truppen während der Offensiv im Oktober 1915 gegenwärtigen Ausschreitungen.
4. Kember, Chef der deutschen Militärpolizei in Rajni (Serbien). Soll an der Ermordung von Milena Djubilla, die in Rajni, inhaftig sein. (Schluß.)

### Verfassungsverhandlungen in Unnan.

18. Budapest, 18. Febr. Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Huljar beriet im Abgeordnetensaal die internationale Konferenz den Gegenstand über die Wiederherstellung der Verfassung und die provisorische Ausübung der staatlichen Obergewalt. Der Ministerpräsident teilte mit, daß Graf Albert Apponyi die Stelle des Präsidenten der Nationalversammlung nicht annehme. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten beschloß die Konferenz, ein Komitee der Abgeordneten Stefan Rakossy zum Präsidenten der Nationalversammlung zu wählen. Zu Vizepräsidenten werden der Abgeordnete Johann Wauer von der Partei der kleinen Landwirte und ein von der christlichen



Donnerstag, den 18. Februar 1920. Die Aktienkurse sind vom 18. Februar 1920. Die Aktienkurse sind vom 18. Februar 1920.

betrefflich nach. Dagegen seien übersehbare Mittelfrühen die Sicherung tragfähig vor auf die recht günstigen Verhältnisse in der letzten Generalversammlung der Bauabteilung. Kattowitzer Eisenwerke...

Die amtlichen Notierungen für Eisenabfälle in Ostpreußen sind vom 18. Februar 1920. Die amtlichen Notierungen für Eisenabfälle in Ostpreußen sind vom 18. Februar 1920.

Berliner Börse vom 18. Februar 1920 (Telegramm)

Table with columns for 'Deutsche Werte', 'Ausland. Werte', 'Eisenbahn-Aktien', 'Schiffahrts-Aktien', 'Bank-Aktion', 'Industrie-Aktion', 'Schuldsch.-Branche'. Lists various stocks and their prices.

Leipziger Börse Leipzig, den 18. Februar 1920

Table with columns for 'Holländische Zucker-Raffinerie', 'Leipziger M. Fabrik', 'Landwirtsch. Masch.', 'Mandlacher Gewerkschaft', 'Porzellan', 'Zementfabrik', 'Fremdlicher Braunkohlen', 'Pflanzl.', 'Zementwerke', 'Zementfabrik', 'Zementwerke', 'Zementfabrik'.

betrefflich nach. Dagegen seien übersehbare Mittelfrühen die Sicherung tragfähig vor auf die recht günstigen Verhältnisse in der letzten Generalversammlung der Bauabteilung. Kattowitzer Eisenwerke...

Produktenbericht. Berlin, 18. Februar.

Table with columns for 'Weizen', 'Roggen', 'Gerste', 'Hafer', 'Mais', 'Brot', 'Fleisch', 'Fisch', 'Eier', 'Milch', 'Butter', 'Käse', 'Zucker', 'Öl', 'Wolle', 'Leinwand', 'Baumwolle', 'Seide', 'Schuldsch.', 'Bank', 'Eisenbahn', 'Schiffahrt', 'Industrie', 'Schuldsch.-Branche'.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht. Die Brot für Handel und Industrie hat in Weibezahl eine Mille erreicht.

Kulturelle Stellung der Filmzeugung auf internationaler Grundlage. In der zweiten Hälfte des Jahres sind in München die impano erste öffentliche Vorführung der internationalen Kinematographischen Gesellschaft (S. R. G.) unter dem Vorsitz ihres Gründers, des belgischen Kulturhistorikers Dr. Friedrich Radolf...

Ein sehr verdienstvoller Mann wurde kürzlich in Berlin in der Person von Gerold, der sich durch seine Tätigkeit in der Filmindustrie verdient gemacht hat. Er ist ein Mann von großem Talent und hat sich durch seine Arbeit in der Filmindustrie einen Namen gemacht.

Sport-Nachrichten der 'Saale-Zeitung'. Fußballsport.

Am 12. Februar, Sonntag, den 22. Februar, spielen folgende Mannschaften: Borussia Dortmund gegen Schalke 04, FC Bayern München gegen FC Augsburg, FC Schalke 04 gegen FC Augsburg, FC Bayern München gegen FC Augsburg...

Handel, Gewerbe und Verkehr. Freie oder Zwangswirtschaft für Leder?

Am 16. Februar fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Schmidt eine Beratung über die freie oder Zwangswirtschaft für Leder. Die Teilnehmer waren Vertreter der Industrie, des Handels und der Regierung.

Weitere Preissteigerung am Hautmarkt.

Auf der 7. Berliner Haut-Auktion waren die Preise für alle Sorten Haut um 20 bis 30 Prozent gestiegen. Die Preise für die besten Sorten Haut sind auf 100 bis 120 Mark pro Stück gestiegen.

Werkstoffmarkt. Berlin, 18. Februar.

Die Preisentwicklung für Werkstoffe ist in den letzten Wochen sehr lebhaft verlaufen. Die Preise für Eisen, Stahl und Kupfer sind stark gestiegen. Die Preise für Holz und Leinwand sind ebenfalls gestiegen.

Die Aktienkurse sind vom 18. Februar 1920. Die Aktienkurse sind vom 18. Februar 1920.